

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

MINISTERPRÄSIDENT HORST SEEHOFER ERÖFFNET 12. BAYERISCHES OKTOBERFEST IN BRÜSSEL

Ministerpräsident *Seehofer* hat am 11.10.2011 das zum zwölften Mal am Brüsseler Place Jourdan stattfindende Bayerische Oktoberfest eröffnet. Vor ca. 1800 geladenen Gästen bezeichnete er das Oktoberfest als wichtigen Exportschlager. Mit ihm waren Wirtschaftsminister *Zeil*, Europaministerin *Müller*, Kultusminister *Dr. Spaenle*, Wissenschaftsminister *Dr. Heubisch* und Wirtschaftsstaatssekretärin *Hessel* nach Brüssel gekommen. Prominenteste Brüsseler Gäste waren Kommissionsvizepräsidentin *Reding* und die Kommissare *Andor*, *Georgieva*, *Lewandowski* und *Oettinger* sowie zahlreiche Europaabgeordnete.

<http://www.bayern.de/Fotoreihen-.1589.10354703/index.htm>

EU-ERWEITERUNG: KOMMISSION SCHLÄGT KANDIDATENSTATUS FÜR SERBIEN UND VERHANDLUNGSBEGINN MIT MONTENEGRO VOR

Die Kommission hat am 12.10.2011 ihre jährliche Strategiemitteilung sowie die Fortschrittsberichte zu den Ländern, die Beitrittsanträge gestellt haben oder sich in der Phase der Heranführung an die EU befinden, vorgelegt. Hervorzuheben sind die Zustimmung zum Beitritt Kroatiens sowie die Vorschläge, Serbien bei Erfüllung bestimmter Bedingungen den Kandidatenstatus zu verleihen und Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufzunehmen. Die Fortschrittsberichte und Zusammenfassungen finden sich unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/reports_oct_2011_de.htm

Eine Pressemeldung mit einem Überblick über das Erweiterungspaket findet sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1182&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



GIPFEL ZUR ÖSTLICHEN PARTNERSCHAFT VON BOYKOTT WEISSRUSSLANDS UND TIMOSCHENKO-VERFAHREN IN DER UKRAINE ÜBERSCHATTET

Am 29./30.09.2011 fand in Warschau das zweite Gipfeltreffen der EU mit den Partnerländern des östlichen Teils der Europäischen Nachbarschaftspolitik (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland) statt. Ziel der EU war, vor dem Hintergrund der besonderen Aufmerksamkeit, die die Umbrüche der vergangenen Monate in Nordafrika auf den südlichen Teil der ENP gelenkt haben, die Bedeutung der Östlichen Partnerschaft zu betonen und die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern voran zu bringen. Weißrussland nahm an dem Treffen nicht teil, weil die EU wegen der Repressionen gegen Opposition und Zivilgesellschaft Präsident *Lukaschenko* nicht eingeladen hatte. Ergebnis des Gipfels ist eine gemeinsame Erklärung mit einem Bekenntnis zu Reformen, aber ohne Bezugnahme auf einen künftigen Beitritt der Nachbarstaaten zu EU.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EP-PLENUM FORDERT RASCHE AUFNAHME VON RUMÄNIEN UND BULGARIEN IN DEN SCHENGENRAUM

Das EP-Plenum hat am 13.10.2011 in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution den Rat aufgefordert, so schnell wie möglich sicherzustellen, dass Rumänien und Bulgarien dem Schengenraum beitreten können. Die Mitgliedstaaten sollten ihre Entscheidung in dieser Sache ausschließlich auf den Schengen *acquis* stützen und keine neuen Kriterien für den Beitritt einführen. Die polnische Ratspräsidentschaft will versuchen, bis zum Europäischen Rat (ER) Ende Oktober 2011 eine Lösung herbeizuführen.

VISAINFORMATIONSSYSTEM IN BETRIEB

Nach mehrmaliger Verschiebung hat das Visainformationssystem (VIS) am 11.10.2011 in den konsularischen Vertretungen der Schengen-Länder in der ersten Betriebsregion Nordafrika (Ägypten, Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien) seinen Betrieb aufgenommen. Mit dem System sollen Visaanträge erheblich schneller bearbeitet werden können.



WEG FREI FÜR EINE STÄRKUNG VON FRONTEX

Der Weg für eine Stärkung von FRONTEX ist frei. Nach dem EP hat am 06.10.2011 auch der Rat dem im Rahmen der Trilogverhandlungen gefundenen Kompromiss zugestimmt. Mit der Verordnung sollen insbesondere die operativen Fähigkeiten der Grenzschutzagentur ausgebaut werden. Die Verordnung soll noch in 2011 in Kraft treten.

EP-AUSSCHUSS LEHNT EU-EINHEITLICHE REGELUNG ZUM ONLINE-GLÜCKSSPIEL AB

Die Mitglieder des EP-Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) haben am 06.10.2011 in einem entsprechenden Bericht den Vorschlag der Kommission für eine EU-einheitliche Regelung zur Steuerung des gesamten Glücksspielmarkts mit Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip abgelehnt. Vor dem Hintergrund des grenzüberschreitenden Charakters des Online-Spiels spricht sich der Bericht jedoch für einen europäischen Ansatz in solchen Bereichen aus, wo dies sinnvoll erscheint.

Berichtsentwurf:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/imco/pr/869/869483/869483de.pdf

LIBE STIMMT PNR-ABKOMMEN MIT AUSTRALIEN TROTZ VORBEHALTEN ZU

Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat am 10.10.2011 trotz noch bestehender Bedenken dem Abkommen mit Australien über die Übermittlung und Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records - PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften zugestimmt.

Berichtsentwurf (Englisch):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-472.321+02+DOC+PDF+V0//EN&language=DE>

WEG FREI FÜR DIE GRENZÜBERSCHREITENDE VERFOLGUNG VON STRASSENVERKEHRSDELIKTEN

Der Rat hat am 29.09.2011 endgültig den Weg frei gemacht für die grenzüberschreitende Verfolgung von Straßenverkehrsdelikten und einen entsprechen-



den Vorschlag einer Richtlinie förmlich angenommen. Die Mitgliedstaaten haben nun nach dem Inkrafttreten der Richtlinie zwei Jahre Zeit, diese umzusetzen. Großbritannien, Irland und Dänemark müssen die Richtlinie aufgrund spezieller Klauseln des Lissabon-Vertrags nicht umsetzen.

ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT: MITTEILUNG DER KOMMISSION ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES

Die Kommission hat am 26.09.2011 eine Mitteilung zur Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres im Rahmen der Östlichen Partnerschaft vorgelegt. Die Mitteilung enthält konkrete Vorschläge zur Intensivierung der politischen und operativen Zusammenarbeit, die in einen gemeinsamen Raum im Bereich Justiz und Inneres zwischen der EU und den östlichen Partnerländern (Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan, Armenien, Weißrussland) münden sollen. Neue Strukturen sollen jedoch nicht geschaffen werden.

Mitteilungstext:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0564:FIN:DE:PDF>

LIBE-AUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZU EINHEITLICHEN VORSCHRIFTEN GEGEN SELBSTHERGESTELLTE EXPLOSIVSTOFFE AN

Der EP-Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat sich am 04.10.2011 für eine Beschränkung des Zugangs der Allgemeinheit zu bestimmten allgemein gebräuchlichen Stoffen, die als Ausgangsstoffe zur Sprengstoffherstellung missbraucht werden können, ausgesprochen und einen entsprechenden Bericht angenommen.

Berichtsentwurf:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-464.688+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

KOMMISSION SCHLÄGT GEMEINSAMES EUROPÄISCHES KAUFRECHT VOR

Die Kommission stellte am 11.10.2011 ihren Entwurf eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts (GEK) vor. Damit will sie grenzüberschreitende



Kaufverträge in Europa einfacher und risikoloser machen. Es kommt nur zur Anwendung,

- wenn sich beide Vertragsparteien freiwillig und ausdrücklich darauf verständigen;
- für grenzübergreifende Verträge, wobei die Mitgliedstaaten die Wahl haben sollen, dieses auch auf inländische Verträge anzuwenden;
- für Geschäfte zwischen Unternehmen und Verbrauchern sowie für Geschäfte zwischen Unternehmen.

Die Rechtsgrundlage für das GEK ist Art. 114 AEUV, der Bestimmungen zum Binnenmarkt enthält. Der Verordnungsvorschlag durchläuft jetzt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren im EP und im Rat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1175&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VERBRAUCHERRECHTERICHTLINIE VOM RAT ANGENOMMEN

Die Verbraucherrechterichtlinie wurde am 10.10.2011 vom Umweltrat nunmehr auch förmlich angenommen. Das Gesetzgebungsverfahren ist damit abgeschlossen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/125030.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/124997.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

KOMMISSION LEGT FAHRPLAN FÜR STABILITÄT UND WACHSTUM VOR

Die Kommission hat am 12.10.2011 einen Fahrplan für Stabilität und Wachstum vorgelegt. Hauptziele dieses Maßnahmenpakets sind die Bewältigung der Staatsschuldenkrise und die Stabilisierung des Euroraums. Der Fahrplan umfasst entschlossene Maßnahmen für Griechenland, die Vervollständigung der Interventionsmechanismen des Euroraums, die koordinierte Rekapitalisierung der europäischen Banken, die Beschleunigung von stabilitäts- und wachstumsfördernden Maßnahmen sowie eine integrierte Wirtschaftspolitik. Auf eine mögliche Schuldenrestrukturierung für Griechenland geht die Kommission nicht explizit ein. Im Zentrum der Mitteilung steht die Rekapitalisierung der europäi-



schen Banken. Diese soll sich auf alle systemrelevanten Banken in allen Mitgliedstaaten erstrecken. Die von der Kommission in der Mitteilung umrissenen Themen werden zentrale Themen der Sitzung des Europäischen Rates (ER) am 23.10.2011 sein.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2011/10/20111012_speeches_2_de.htm

ABSCHLUSS DER FÜNFTEN TROIKA-MISSION IN GRIECHENLAND

Das erste Rettungspaket für Griechenland hat ein Gesamtvolumen von 110 Mrd. €. Davon tragen der IWF 30 Mrd. €, die Euro-Mitgliedstaaten 80 Mrd. €. Von den 110 Mrd. € wurden bis Juli 2011 insgesamt 65 Mrd. € ausbezahlt. Die Troika bestehend aus EZB, IWF und Kommission hat ihre fünfte Mission in Griechenland abgeschlossen. Aus Sicht der Troika kann die nächste Tranche in Höhe von 8 Mrd. € (5,8 Mrd. € von den Euro-Mitgliedstaaten, 2,2 Mrd. € vom IWF) voraussichtlich Anfang November ausgezahlt werden. Zuvor müssen allerdings noch die Eurogruppe und das Exekutivdirektorium des IWF ihre Zustimmung erteilen.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr111011.en.html>

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNGEN DER EUROGRUPPE UND DES ECOFIN-RATES VOM 03./04.10.2011

In der Eurogruppe wurde der Streit über die Sicherheiten für Finnland im Rahmen des zweiten griechischen Rettungspakets beigelegt. Als Sicherheit sollen griechische Staatsanleihen dienen. Ein Mitgliedstaat, der Sicherheiten in Anspruch nehme, müsse dafür aber Gegenleistungen erbringen. Die Möglichkeit, Sicherheiten zu verlangen, steht grundsätzlich allen Garantiegebern offen. In der Eurogruppe geht man aber davon aus, dass angesichts der unattraktiven Gegenleistungen nur Finnland davon Gebrauch machen wird. Der ECOFIN-Rat hat die Ernennung von *Jörg Asmussen*, des bisherigen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, als Mitglied des Direktoriums der EZB empfohlen. Die Entscheidung über die Ernennung wird vom ER nach Anhörung des Europäischen Parlaments (EP) getroffen. Das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung wurde nach dem EP nunmehr auch vom Rat verabschiedet. Das Legislativpaket besteht aus sechs Legislativakten, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird.



Zur Verordnung über OTC-Derivate gab es im ECOFIN-Rat eine allgemeine Ausrichtung. OTC-Derivate sind Derivate, die außerbörslich („over the counter“) gehandelt werden. Im Rahmen von fiskalpolitischen Schlussfolgerungen hat der ECOFIN-Rat bekräftigt, dass an dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs festgehalten wird und dementsprechend keine neuen Konjunkturprogramme aufgelegt werden. Daneben hat der ECOFIN-Rat erneut Schlussfolgerungen zur Klimaschutzfinanzierung getroffen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124904.pdf

FINANZBERICHT DER KOMMISSION ZUM EU-HAUSHALT 2010

Die Kommission hat am 30.09.2011 ihren Finanzbericht zum EU-Haushalt 2010 veröffentlicht. Von besonderem Interesse ist dieser Bericht vor allem deshalb, weil er die sog. „operativen Haushaltssalden“ und damit die Höhe der Nettozahlerbeiträge enthält. 2010 gab es elf Nettozahler. Deutschland ist in absoluten Zahlen wie bereits seit Jahren größter Nettofinanzierer der EU. Der deutsche Nettobeitrag im Jahr 2010 betrug 9,2 Mrd. € (2009: 8,1 Mrd. €). Weitere große Nettozahler sind das Vereinigte Königreich (5,6 Mrd. €), Frankreich (5,5 Mrd. €) und Italien (4,5 Mrd. €). Der größte Nettoempfänger in absoluten Zahlen war Polen (8,4 Mrd. €), gefolgt von Spanien (4,1 Mrd. €) und Griechenland (3,6 Mrd. €). Der Bruttofinanzierungsanteil Deutschlands an den EU-Einnahmen beträgt 20,7 Mrd. € und damit 20 %.

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/publications/2010/fin_report/fin_report_10_en.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT GEMEINSAMES EUROPÄISCHES KAUFRECHT VOR

Die Kommission stellte am 11.10.2011 ihren Entwurf eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts (GEK) vor. Damit will sie grenzüberschreitende Kaufverträge in Europa einfacher und risikoloser machen. Es kommt nur zur Anwendung,

- wenn sich beide Vertragsparteien freiwillig und ausdrücklich darauf verständigen;
- für grenzübergreifende Verträge, wobei die Mitgliedstaaten die Wahl haben sollen, dieses auch auf inländische Verträge anzuwenden;



- für Geschäfte zwischen Unternehmen und Verbrauchern sowie für Geschäfte zwischen Unternehmen.

Die Rechtsgrundlage für das GEK ist Art. 114 AEUV, der Bestimmungen zum Binnenmarkt enthält. Der Verordnungsvorschlag durchläuft jetzt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren im EP und im Rat (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1175&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

RECHTSSETZUNGSVORSCHLÄGE DER KOMMISSION FÜR DIE GAP NACH 2013

Die Kommission hatte am 29.06.2011 ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgestellt. Die Agrarausgaben sind in der Rubrik 2 (Nachhaltiges Wachstum: Natürliche Ressourcen) enthalten. Der Anteil der Ausgaben für die Agrarpolitik am Gesamthaushalt fällt im neuen Finanzrahmen nach Darstellung der Kommission um gut drei Prozentpunkte auf 36,2 %. Die zwei Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bleiben aber erhalten. Am 12.10.2011 hat die Kommission nunmehr die einzelnen Rechtssetzungsvorschläge für die GAP ab 2014 vorgelegt (s. Beitrag des StMELF in diesem EB).

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT LEGISLATIVPAKET ZUR KOHÄSIONSPOLITIK 2014 BIS 2020

Am 06.10.2011 hat die Kommission ein Paket von Rechtssetzungsvorschlägen zur Kohäsionspolitik für die Jahre 2014 bis 2020 vorgelegt. Nach dem Willen der Kommission soll sich die Kohäsionspolitik künftig stark an der Strategie Europa 2020 ausrichten. Die Mitgliedstaaten sollen daher gezwungen werden, die Mittel auf bestimmte, wenige Ziele zu konzentrieren, u. a. auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Innovation und KMU-Förderung. Weitere Ziele sind die Verfahrensvereinfachung und eine stärkere Konditionalität der Mittelvergabe. Nach den Vorstellungen der Kommission soll es als „ultima ratio“ auch eine makroökonomische Konditionalität geben, die an die Einhaltung von Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters, von Auflagen im Falle von Defizitverfahren oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Hilfen aus einem Rettungsinstrument, anknüpft (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und
Technologie

**KOMMISSION VERÖFFENTLICHT LEGISLATIVPAKET ZUR
KOHÄSIONSPOLITIK 2014 BIS 2020**

Am 06.10.2011 hat die Kommission ein Paket von Rechtssetzungsvorschlägen zur Kohäsionspolitik für die Jahre 2014 bis 2020 vorgelegt. Nach dem Willen der Kommission soll sich die Kohäsionspolitik künftig stark an der Strategie Europa 2020 ausrichten. Die Mitgliedstaaten sollen daher gezwungen werden, die Mittel auf bestimmte, wenige Schwerpunkte zu konzentrieren, u. a. auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Innovation und KMU-Förderung. Weitere Ziele sind die Verfahrensvereinfachung und eine stärkere Konditionalität der Mittelvergabe. Nach den Vorstellungen der Kommission soll es als „ultima ratio“ auch eine makroökonomische Konditionalität geben, die an die Einhaltung von Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters oder von Auflagen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Hilfen aus einem Rettungsinstrument, anknüpft. Der vorgeschlagene Mittelansatz für die Kohäsionspolitik beträgt für den Gesamtzeitraum 336 Mrd. €. Davon sollen 53 Mrd. für Wettbewerbsregionen, 11,7 Mrd. € für die interregionale Zusammenarbeit (INTERREG) und insgesamt mindestens 84 Mrd. € für den Europäischen Sozialfonds (ESF) verwendet werden. Die einzelnen Förderbedingungen hängen stark davon ab, in welche der drei vorgeschlagenen Kategorien die bestimmte Region fällt: Weniger entwickelte (Konvergenz-)Region mit einem BIP von unter 75 % des EU-Durchschnitts, Übergangsregion mit einem BIP zwischen 75 % und 90 % des EU-Durchschnitts, oder entwickelte (Wettbewerbs-)Region mit einem BIP von über 90 % des EU-Durchschnitts.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1159&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT FAHRPLAN FÜR STABILITÄT UND WACHSTUM VOR

Die Kommission hat am 12.10.2011 einen Fahrplan für Stabilität und Wachstum vorgelegt. Hauptziele dieses Maßnahmenpakets sind die Bewältigung der Staatsschuldenkrise und die Stabilisierung des Euroraums. Der Fahrplan umfasst entschlossene Maßnahmen für Griechenland, die Vervollständigung der Interventionsmechanismen des Euroraums, die koordinierte Rekapitalisierung



der europäischen Banken, die Beschleunigung von stabilitäts- und wachstumsfördernden Maßnahmen sowie eine integrierte Wirtschaftspolitik. Auf eine mögliche Schuldenrestrukturierung für Griechenland geht die Kommission nicht explizit ein. Im Zentrum der Mitteilung steht die Rekapitalisierung der europäischen Banken. Diese soll sich auf alle systemrelevanten Banken in allen Mitgliedstaaten erstrecken. Die von der Kommission in der Mitteilung umrissenen Themen werden zentrale Themen der Sitzung des ER am 23.10.2011 sein (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2011/10/20111012_speeches_2_de.htm

RAT NIMMT „SIX PACK“ ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG AN

Nach dem EP (EB 16/11) hat nun am 04.10.2011 auch der ECOFIN-Rat das Paket von sechs Rechtssetzungsakten zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung („six pack“) angenommen. Das Legislativpaket besteht aus sechs Legislativakten, mit denen der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird. Eine endgültige Annahme durch den Rat wird ohne Aussprache erfolgen, wenn die verschiedenen Sprachfassungen der Texte vorliegen.

Pressemitteilung des Rates (nur auf EN):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124882.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT GEMEINSAMES EUROPÄISCHES KAUFRECHT VOR

Die Kommission stellte am 11.10.2011 ihren Entwurf eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts (GEK) vor. Damit will sie grenzüberschreitende Kaufverträge in Europa einfacher und risikoloser machen. Es kommt nur zur Anwendung,

- wenn sich beide Vertragsparteien freiwillig und ausdrücklich darauf verständigen;
- für grenzübergreifende Verträge, wobei die Mitgliedstaaten die Wahl haben sollen, die-ses auch auf inländische Verträge anzuwenden;



- für Geschäfte zwischen Unternehmen und Verbrauchern sowie für Geschäfte zwischen Unternehmen.

Die Rechtsgrundlage für das GEK ist Art. 114 AEUV, der Bestimmungen zum Binnenmarkt enthält. Der Verordnungsvorschlag durchläuft jetzt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren im EP und im Rat (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1175&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VERKEHRSAUSSCHUSS DES EP EINIGT SICH AUF BERICHT ZUR ÜBERARBEITUNG DES ERSTEN EISENBAHNPAKETS („RECAST“)

Am 11.10.2011 hat der EP-Verkehrsausschuss (TRAN) den Bericht von *Debora Serracchiani* (S&D/ITA) über die Überarbeitung des Ersten Eisenbahnpakets („Recast“) mit großer Mehrheit angenommen (36 Stimmen, bei sechs Nein-Stimmen und einer Enthaltung). Ziel des Vorschlags ist es, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Bahntrassen und die nötige Begleitinfrastruktur (Bahnhöfe, Wartungseinrichtungen u. a.) für alle Schienenverkehrsbetreiber zu erreichen. Der Ausschuss fordert eine große Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden und feste Höchstgrenzen für die Verfahrensdauer bei Anträgen auf die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur. Die im ursprünglichen Berichtsentwurf enthaltene Forderung nach einer rechtlichen Trennung von Infrastruktur- und Bahnverkehrsbetrieb („unbundling“) fand keine Mehrheit.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111010IPR28783/html/Independent-rail-regulators-are-key-to-competitive-rail-services>

GENERALANWÄLTIN KOKOTT HÄLT EINBEZIEHUNG AUSLÄNDISCHER FLUGGESELLSCHAFTEN IN DEN EU-EMISSIONSHANDEL FÜR RECHTMÄSSIG

Am 06.10.2011 hat Generalanwältin *Juliane Kokott* ihre Schlussanträge im Verfahren C-366/10 (The Air Transport Association of America u. a.) über die Einbeziehung des internationalen Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel vorgelegt. Sie kommt zum Ergebnis, dass keine Verletzung von Völkerrecht vorliege, auch soweit es um Fluggesellschaften mit Sitz in Drittstaaten geht. Mehrere Fluggesellschaften aus den USA und Kanada hatten vor dem High Court of Justice des Vereinigten Königreichs gegen die dortigen Umsetzungs-



rechtsakte zur Emissionshandelsrichtlinie 2008/101/EG geklagt. Dieser legte dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mehrere Fragen zur Vereinbarkeit der europäischen Bestimmungen mit Normen des Völkergewohnheitsrechts (z. B. Freiheit von Flügen über die Hohe See) und mit verschiedenen Luftverkehrsabkommen vor. Die Schlussanträge der Generalanwältin sind für den EuGH nicht bindend, in einer Mehrzahl der Fälle kommt er aber zum gleichen Ergebnis.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-10/cp110104de.pdf>

RAT NIMMT VERORDNUNG ÜBER INTEGRITÄT UND TRANSPARENZ DES ENERGIEGROSSHANDELSMARKTS (REMIT) AN

Der Rat (Umweltrat) hat ohne Aussprache am 10.10.2011 den endgültigen Text einer neuen Verordnung über Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (REMIT: Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) angenommen. Am 14.09.2011 hatte auf Grundlage einer zuvor erfolgten Einigung bereits das EP dem Text zugestimmt (EB 15/11). Damit kann die Verordnung nach Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/124995.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1168&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT ERZIELT ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZU OTC-DERIVATEN

Der ECOFIN-Rat hat am 04.10.2011 eine allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über OTC-Derivate (auch „EMIR“ genannt) erreicht. OTC-Derivate sind Derivate, die außerbörslich („over the counter“) gehandelt werden. Die Verordnung sieht vor, dass alle Derivategeschäfte an zentrale Datacenter (sog. „Transaktionsregister“) gemeldet werden müssen. Standardisierte OTC-Derivatekontrakte sollen zudem prinzipiell durch zentrale Gegenparteien („central counterparties“ – CCPs) abgewickelt werden. Damit soll das Kontrahentenrisiko, d. h. das Risiko des Ausfalls einer der Vertragsparteien, gemindert werden. Dies wurde beim G 20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009, ein Jahr nach der Pleite von Lehman-Brothers, eines großen Akteurs auf den OTC-Derivate-Märkten, vereinbart.



WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT: NORMUNG, RESSOURCENSCHONENDE UND WETTBEWERBSFÄHIGE INDUSTRIE, PATENTGERICHTSBARKEIT, BERUFSQUALIFIKATION UND FORSCHUNGSTHEMEN AUF DER AGENDA

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat am 29./30.09.2011 befasste sich mit mehreren für das StMWIVT relevanten Themen in Aussprachen; legislative Beschlüsse standen allerdings nicht auf der Tagesordnung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/124855.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14181.de11.pdf>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT LEITFADEN ZUR ANWENDBARKEIT DES VERGABERECHTS AUF DIE ZUSAMMENARBEIT ÖFFENTLICHER STELLEN (INSBESONDERE INTERKOMMUNALE KOOPERATION)

Die Kommission hat am 06.10.2011 ein erläuterndes Dokument „über die Anwendung des EU-Vergaberechts im Fall von Beziehungen zwischen öffentlichen Auftraggebern (öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit)“ veröffentlicht. Es gibt einen Überblick über die einschlägige Rechtsprechung des Gerichtshofs und erläutert, welche Schlussfolgerungen nach Ansicht der Kommission hieraus für das geltende Recht zu ziehen sind.

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/public_public_cooperation/sec2011_1169_de.pdf

BINNENMARKTANZEIGER DER KOMMISSION: DISZIPLIN BEI DER RICHTLINIENUMUMSETZUNG LÄSST NACH

Am 29.09.2011 hat die Kommission im neuesten Binnenmarktanzeiger Zahlen zur Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien in nationales Recht vorgestellt. Daraus geht hervor, dass die Mitgliedstaaten im Referenzzeitraum der letzten sechs Monate mehr Richtlinien nicht rechtzeitig umgesetzt haben (1,2 %) als noch vor einem Jahr (damals 0,9 %). Damit haben sie erstmals das selbst gesetzte Ziel verpasst, das Umsetzungsdefizit auf nicht mehr als 1 % anwachsen zu lassen. Dagegen sank die zusätzlich benötigte Zeit zur Umsetzung der Richtlinien auf durchschnittlich 5,5 Monate. Auch die Zahl der pro Mitgliedstaat anhängigen Vertragsverletzungsverfahren ging von zuletzt 40 auf nun durchschnittlich 37 Verfahren zurück.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1130&format=>



[HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

KOMMISSION STELLT RECHTSVORSCHLÄGE FÜR DIE GAP NACH 2013 VOR

Agrarkommissar *Cioloş* hat am 12.10.2011 die Rechtsvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vorgestellt. Danach sollen die Direktzahlungen der ersten Säule GAP in verschiedene Komponenten aufgeteilt werden. Für die Basiszahlung wären weiterhin (überarbeitete) Cross Compliance-Regeln einzuhalten. 30 % des nationalen Direktzahlungsbudgets (nationale Obergrenze) sollen für drei verpflichtende, klar definierte, dem Klima- und Umweltschutz förderliche Landbewirtschaftungsmethoden bereitgestellt werden („Greening-Komponente“): Diversifizierung der Ackerkulturen, Erhaltung von Dauergrünland, 7 % ökologische Vorrangflächen. Im Rahmen einer Regelung für Kleinbetriebe könnte eine noch festzulegende jährliche Standardzahlung zwischen 500 und 1.000 € – als Ersatz für andere Direktzahlungen – pro Betrieb gewährt werden. Auf Antrag wären Kleinbetriebe, ebenso wie Ökobetriebe, vom Greening befreit, die Cross Compliance-Auflagen für Kleinbetriebe wären geringer. Die Direktzahlungen pro Betrieb (ohne Greening-Komponente) sollen, unter Berücksichtigung der im Vorjahr gezahlten Löhne und Gehälter, ab 150.000 € gekürzt werden („Kappung“) und maximal 300.000 € betragen („Deckelung“). Grundsätzlich sollen nur „aktive Landwirte“, die ihre Flächen in gutem landwirtschaftlichen Zustand (geeignet für Beweidung oder Anbau) halten und deren Einkommensbeitrag aus der Landwirtschaft mindestens 5 % beträgt, einen Anspruch auf Direktzahlungen haben. Dies soll nicht für Landwirte gelten, die im Vorjahr weniger als 5.000 € an Direktzahlungen erhalten haben. Zur Angleichung der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten sollen alle Mitgliedstaaten, deren Direktzahlungshöhe unter 90 % des EU-Durchschnitts liegt – proportional finanziert von den überdurchschnittlichen Mitgliedstaaten – ein Drittel dieser Lücke schließen (s. auch Kommissionsmitteilung zum Mehrjährigen Finanzrahmen, EB 13/11). Innerhalb der Mitgliedstaaten bzw. der Regionen sollen die Zahlungsansprüche bis zum Antragsjahr 2019 einen einheitlichen Wert erreichen. In einer ersten Reaktion kritisierte Bayerns Landwirtschaftsminister *Helmut Brunner* die vorgeschlagene Einführung eines Mindest-



einkommensbeitrags als Kriterium für den aktiven Landwirt. Dieser schade kleinen und mittleren Betrieben und bedeute mehr Kosten und Bürokratie. Eine Stilllegung von bis zu 7 % der Fläche stehe im Widerspruch zum wachsenden Bedarf an Lebensmitteln und der Energiewende. Er begrüßte dagegen die Bemühungen des Agrarkommissars, ein möglichst ungeschmäleretes Agrar-Budget zu erhalten.

Informationen der Kommission und Rechtsvorschläge unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm

Pressemitteilung der Kommission und weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1181&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Pressemitteilung StMELF unter:

<http://www.stmelf.bayern.de/service/presse/pm/2011/005851/index.php>

VORSCHLAG E DER KOMMISSION ZUR KOHÄSIONSPOLITIK NACH 2013

Die Kommission hat am 06.10.2011 ihre Vorschage zur EU-Kohäsionspolitik vorgestellt (s. hierzu Beiträge des StMWIVT und des StMAS in diesem EB). Nach dem darin enthaltenen Entwurf für den Europäischen Globalisierungsfonds (EGF), könnten Landwirte, die nachweislich Einbußen durch Handelsabkommen mit Drittstaaten erleiden, künftig eine besondere Unterstützung der EU erhalten. Im Entwurfspaket für die EU-Kohäsionspolitik findet sich auch eine Rahmenregelung, mit der die Struktur- und Regionalförderung stärker aufeinander abgestimmt werden sollen. Doppelfinanzierungen sollen damit vermieden, Kontrollen vereinfacht und die Instrumente stärker an den Zielen ausgerichtet werden. In den Strukturfonds (EFRE, ESF, KF) wird die bisherige Einteilung der Gebiete aufgegeben. Die Einstufung soll nun danach erfolgen, ob die Region über weniger als 75 % oder über 90 % des EU-Durchschnittseinkommens pro Kopf verfügt, oder zwischen diesen Werten liegt.

Kommissionsmitteilung und weiterführende Links zu den Dokumenten unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1159&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

OLAF-JAHRESBERICHT 2010 ZU UNREGELMÄSSIGKEITEN BEI EU-AGRARGELDERN

Das EU-Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat am 29.09.2011 den Jahres-



bericht 2010 vorgelegt. Danach wird der Schaden im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf 131 Mio. € geschätzt. Das sind etwa 7 % der am EU-Haushalt vermuteten Schäden und 0,23 % der für die Agrarpolitik ausgegebenen Mittel. Da der Agrarhaushalt etwa 40 % der EU-Gesamtmittel ausmacht, folgt daraus, dass Agrargelder häufiger vorschriftsmäßig verwendet werden als Mittel für andere Zwecke. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der gemeldeten Fälle um 200 auf 1825, wahrscheinlich knapp die Hälfte der Fälle sei als Betrug einzustufen.

Bericht unter:

http://ec.europa.eu/anti_fraud/reports/anti-fraud_en.html

EUROBAROMETER-UMFRAGE ZU GREENING UND KAPPUNG DER GAP

Nach einer Umfrage, die am 30.09.2011 veröffentlicht wurde, unterstützt die EU-Öffentlichkeit verschiedene Vorhaben der bevorstehenden Reform der GAP. Durchgeführt wurde die Umfrage im Auftrag der Kommission vom 06.05.2011 bis 26.05.2011 in allen 27 Mitgliedstaaten der EU. 26.713 Bürger ab 15 Jahren wurden befragt. 47 % der EU-Bürger (Deutschland: 52 %) sprechen sich für eine Obergrenze bei den Beihilfen aus. 28 % (Deutschland: 25 %) der Befragten lehnen dagegen eine Obergrenze ab. Die stärkere Kopplung der Beihilfen an den Umweltschutz als EU-weite Regelung wird von mehr Bürgern befürwortet als ein Umweltschutz in spezifischen Bereichen.

Gesamtergebnisse und Datenblätter zu den einzelnen Mitgliedstaaten unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/survey/index_de.htm

OECD-BERICHT „EVALUATION OF AGRICULTURAL POLICY REFORMS IN THE EUROPEAN UNION“

Die OECD stellte am 05.10.2011 den Bericht „Evaluation of Agricultural Policy Reforms in the European Union“ vor. Der Bericht gibt einen Überblick über die Charakteristik und Struktur der gegenwärtigen GAP und ihrer Entwicklung in den letzten 25 Jahren. Er analysiert die Auswirkungen von politischen Veränderungen auf Produktion, Handel, Landnutzung, Agrarstruktur, Umwelt und einige Aspekte der ländlichen Entwicklung.

Bericht unter:

http://www.oecd.org/document/21/0,3746,en_21571361_44315115_48813909_1_1_1_1,00.html



NAHRUNGSMITTELHILFE FÜR BEDÜRFTIGE – KOMMISSIONS-VORSCHLAG UND EPSCO-AUSSPRACHE

Am 03.10.2011 hat die Kommission einen neuen Vorschlag zur Fortführung des Nahrungsmittelhilfsprogramms für Bedürftige im Jahr 2012 vorgelegt. Wesentliche Inhalte sind: (1) Grundlage soll neben der GAP nun auch die Soziale Kohäsion sein, und (2) das Programm soll zu 100 % EU-finanziert sein.

Pressemitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1148&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPÄISCHES JAHR FÜR AKTIVES ALTERN UND SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN 2012: VERANSTALTUNG IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Anlässlich des bevorstehenden Europäischen Jahrs für Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 führte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gemeinsam mit der Diakonie Neuendettelsau am 04.10.2011 einen Parlamentarischen Abend in der Bayerischen Vertretung Brüssel durch. In Vertretung von Frau Staatsministerin *Christine Haderthauer* betonte Ministerialdirigent *Paul Hansel* den hohen Stellenwert von Initiativen für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen in Bayern und stellte einige der zahlreichen bestehenden und künftigen Projekte im bevorstehenden Europäischen Jahr vor.

<http://ec.europa.eu/social/ey2012.jsp>

BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT AM 03.10.2011 IN LUXEMBURG: EUROPÄISCHER SOZIALFONDS IM KONTEXT DER EUROPA 2020-STRATEGIE

Bei der Tagung der Beschäftigungs- und Sozialminister am 03.10.2011 in Luxemburg stand eine Orientierungsaussprache zum Europäischen Sozialfonds (ESF) im Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ im Mittelpunkt. Eine Aussprache wurde auch über die Zukunft des Hilfsprogramms für Bedürftige der EU geführt. Schlussfolgerungen nahm der Rat an zur Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Sozialpolitik sowie zur Bewältigung



der demografischen Herausforderungen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/lsa/124872.pdf

GRÜNBUCH ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER BERUFSQUALIFIKATIONEN: AUSSPRACHE UND VORSTELLUNG IM RAT „WETTBEWERBSFÄHIGKEIT“

Der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“, der am 29./30.09.2011 in Brüssel tagte, führte u. a. eine Aussprache zu dem von der Kommission am 22.06.2011 (EB 13/11) vorgelegten Grünbuch zur Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen. Dabei unterstützten die zehn wortnehmenden Delegationen, darunter Deutschland, grundsätzlich die geplante Überarbeitung der Berufsanerkennungsrichtlinie und betonten deren Bedeutung für den Binnenmarkt. Zuvor hatte die Kommission die Schwerpunkte des Konsultationspapiers vorgestellt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/124855.pdf

ZUKUNFT DER KOHÄSIONSPOLITIK: KOMMISSION LEGT UMFASSENDES LEGISLATIVPAKET FÜR ZEITRAUM 2014 BIS 2020 VOR

Die Kommission hat am 06.10.2011 ein Legislativpaket für die Kohäsionspolitik von 2014 bis 2020 angenommen (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB), das die EU-Investitionen an der Europa 2020-Strategie ausrichten und so einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten soll. Das Paket enthält u. a. einen Verordnungsvorschlag für den Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF). Gleichzeitig legte die Kommission einen Vorschlag für ein Programm der Europäischen Union für sozialen Wandel und soziale Innovation vor.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/headlines/news/2011/10/20111006_de.htm

KOMMISSION REVIDIERT IHRE VORSCHLÄGE FÜR BESSERE PATIENTEN-INFORMATIONEN ÜBER VERSCHREIBUNGSPFLICHTIGE ARZNEIMITTEL

Am 11.10.2011 hat die Kommission, zehn Monate nach entsprechender Ankündigung auf dem Gesundheitsrat im Dezember 2010, ihre revidierten Ge-



setzungsvorschläge (Änderungsrichtlinie und Änderungsverordnung) für eine bessere Information von Patienten über verschreibungspflichtige Humanarzneimittel durch Pharmaunternehmen vorgelegt. Nachdem ihr erster Entwurf von Dezember 2008, welchen der damals zuständige Kommissar für Unternehmen und Industrie, *Günter Verheugen*, veröffentlicht hatte, stark kritisiert worden war und das EP diesen in erster Lesung am 24.11.2010 deutlich abgeändert hatte, hat die nunmehr zuständige Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherpolitik die Gesetzestexte überarbeitet. Im weiteren Verfahren beraten das EP und der Rat die neue Vorlage. Es bleibt abzuwarten, ob die Mitgliedstaaten ihre zum Teil sehr kritische Haltung ändern werden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/health/human-use/information-to-patient/legislative-developments_en.htm

ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT: MITTEILUNG DER KOMMISSION ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES

Die Kommission hat am 26.09.2011 eine Mitteilung zur Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres im Rahmen der Östlichen Partnerschaft vorgelegt. Sie kommt damit einer Aufforderung des Stockholmer Programms vom Dezember 2009 nach, das die Bedeutung der sog. „externen Dimension“ der Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres für die erfolgreiche Umsetzung des Programms hervorhebt (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB.)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0564:FIN:DE:PDF>

RICHTLINIENVORSCHLAG SICHERHEITSNORMEN FÜR DEN SCHUTZ VOR IONISIERENDER STRAHLUNG –REFERENZWERTE FÜR RADON IN GEBÄUDEN

Am 29.09.2011 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung von Sicherheitsnormen für den Schutz vor ionisierender Strahlung nach Art. 31 Euratom-Vertrag vorgelegt. Gegenstand der Vorlage ist die umfassende Revision der Richtlinie 96/29/Euratom (sog. Euratom-Grundnormenrichtlinie), die die grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz von Arbeitskräften und der Bevölkerung vor ionisierenden Strahlungen regelt. In diesem Zusammenhang schlägt die Kommission erstmals im Rahmen nationaler Maßnahmenpläne auch Referenzwerte für Radonkonzentration in Wohnräumen und öffentlichen Gebäuden sowie ein nationales Inspektions-



system vor (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0593:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ZU LEHRERGEHÄLTERN IN EUROPA

Deutschland gehört neben Spanien und Portugal zu den drei EU-Mitgliedstaaten, in denen die Brutto-Eingangsgehälter für Lehrkräfte einem Bericht der Europäischen Kommission zufolge über dem nationalen Pro-Kopf-Bruttoinlandseinkommen liegen. Die am 05.10.2011 veröffentlichte Studie vergleicht die Gehälter von Lehrkräften und Schulleitern an öffentlichen Schulen vom Vorschulbereich bis zum Ende der Sekundarstufe II in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen und der Türkei. In den meisten europäischen Ländern gibt es neben dem Grundgehalt eine Reihe von Zulagen, die aber nur in der Hälfte der Länder auch für fachliche Höherqualifizierung und besondere Leistungen gewährt werden. Aufgrund der Zulagen wie auch aufgrund einer europaweit alternden Lehrerschaft liegen Lehrergehälter einschließlich Zulagen in der Praxis in vielen Ländern am oberen Rand der Einkommensskala. Während unter Berücksichtigung von Grundgehalt und Zulagen Lehrkräfte in Luxemburg, Dänemark und Österreich zu den bestbezahlten gehören, müssen ihre Kollegen in Bulgarien und Rumänien mit den niedrigsten Gehältern auskommen.

Der vollständige Bericht in englischer Sprache findet sich unter:

<http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/tools/salaries.pdf>

ZUKUNFT DER KOHÄSIONSPOLITIK: KOMMISSION LEGT UMFASSENDES LEGISLATIVPAKET FÜR ZEITRAUM 2014 BIS 2020 VOR

Die Kommission hat am 06.10.2011 ein Legislativpaket für die Kohäsionspolitik von 2014 bis 2020 angenommen (s. Beitrag des StMAS sowie des StMWIVT in diesem EB), das die EU-Investitionen an der Europa 2020-Strategie ausrichten und so einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten soll. Das Paket enthält u. a. einen Verordnungsvorschlag für den Europäischen Sozialfonds (ESF).



http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/headlines/news/2011/10/20111006_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 30.09.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Der Rat der Wettbewerbsfähigkeitsminister befasste sich in der Sitzung seines Forschungsteils am 30.09.2011 mit der Finanzierung des Euratom-Forschungsprogramms in den Jahren 2012 und 2013, mit verschiedenen Forschungsinitiativen aus den Bereichen Gesundheit und Energie sowie in einer kurzen Diskussion mit der Analyse der niedrigen Beteiligung einiger Mitgliedstaaten am laufenden 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP).

Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ – Politische Einigung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14483.de11.pdf>

Ratsschlussfolgerungen zu „Länger und besser leben“:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14205.de11.pdf>

Zwischenevaluierung der EIP „Aktives und gesundes Altern“:

http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/eip_staff_paper.pdf

Kommissions-Analyse zur unterschiedlich erfolgreichen Beteiligung am 7.

FRP:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st14/st14728.en11.pdf>

FORSCHUNG UND INNOVATION SIND SCHWERPUNKTE KÜNFTIGER EU-KOHÄSIONSPOLITIK

Am 06.10.2011 hat die Kommission ein Legislativpaket zur Kohäsionspolitik für die Jahre 2014 - 2020 vorgelegt. Die Kohäsionspolitik soll sich stärker als bisher an allgemein geltenden politischen Zielvorgaben der EU orientieren, d. h. an der Strategie Europa 2020. Daher gibt es stärkere Fokussierungen für die möglichen Investitionsgegenstände als bisher. In den Wettbewerbsregionen (wie auch in den Übergangsregionen) müssen nach den Vorstellungen der Kommission 80 % der EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) in die drei Prioritätenfelder Energieeffizienz und Erneuerbare Energien/Forschung, technologische Entwicklung und Innovation/Unterstützung für KMU fließen. In Konvergenzregionen beträgt die Mittelbindung hierfür 50 %



(s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

EU UND BRASILIEN VERSTÄRKEN KULTURZUSAMMENARBEIT

Am Rande des EU-Brasilien-Gipfels am 04.10.2011 einigten sich EU-Kommissarin *Androulla Vassiliou* und die brasilianische Staatsministerin für Kultur *Anna Maria Buarque de Hollanda* mit dem neuen „Gemeinsamen Kulturprogramm 2011 - 2014“ auf einen auf vier Jahre angelegten Aktionsplan. Schwerpunkte des Programms sind kulturelle Vielfalt, kulturelles Erbe und die Entwicklung einer nachhaltigen Kultur- und Kreativwirtschaft. Das Programm fügt sich ein in die wirtschaftspolitischen Ziele des Gipfeltreffens.

http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/documents/brazil_coop_de.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 10.10.2011 IN LUXEMBURG

Am 10.10.2011 trat der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Luxemburg zur ersten Sitzung unter polnischer Präsidentschaft zusammen. Da keine legislativen Entscheidungen getroffen wurden, war die Annahme von Ratschlussfolgerungen zur Klimakonferenz in Durban, zur Bewertung des 6. Umweltaktionsprogramms und zur Vorbereitung der Rio+20-Konferenz die wichtigsten Punkte der Tagung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/125030.pdf

RICHTLINIENVORSCHLAG SICHERHEITSNORMEN FÜR DEN SCHUTZ VOR IONISIERENDER STRAHLUNG – REFERENZWERTE FÜR RADON IN GEBÄUDEN

Am 29.09.2011 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung von Sicherheitsnormen für den Schutz vor ionisierender Strahlung nach Art. 31 Euratom-Vertrag vorgelegt. Gegenstand der Vorlage ist die umfassende Revision der Richtlinie 96/29/Euratom (sog. Euratom-Grundnormenrichtlinie), die die grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz von Arbeitskräften und der Bevölkerung vor ionisierenden Strahlungen regelt. In diesem Zusammenhang schlägt die Kommission erstmals im Rah-



men nationaler Maßnahmenpläne auch Referenzwerte für Radonkonzentration in Wohnräumen und öffentlichen Gebäuden sowie ein nationales Inspektionssystem vor.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0593:FIN:DE:PDF>

KONSULTATION ZU EMISSIONSMINDERUNG VON FLUORIERTEN INDUSTRIEGASEN

Am 26.09.2011 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Verminderung der Emissionen von fluorierten Gasen eröffnet. Fluorierte Gase (sog. F-Gase), die hauptsächlich in der Industrie Verwendung finden, können aufgrund ihres im Vergleich zu Kohlendioxid besonders großen Treibhausgaspotentials stark zur globalen Erwärmung beitragen. F-Gase haben gegenwärtig einen Anteil von ca. 2 % aller EU-Treibhausgasemissionen. Ohne über die heute bereits geltenden Vorgaben hinausgehende Minderungsmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass F-Gasemissionen gegenüber dem heutigen Niveau langfristig sinken werden, da beispielsweise die Anzahl von Geräten wie Klima- und Kühlanlagen, die F-Gase enthalten, stetig wächst. Bis zum 19.12.2011 sind alle Interessenvertreter aufgerufen sich an der Konsultation zu beteiligen und ihre Meinungen und Positionen zu möglichen neuen Produktverboten und Minderungsmaßnahmen abzugeben.

http://ec.europa.eu/clima/consultations/0011/index_en.htm

KOMMISSION STELLT RECHTSVORSCHLÄGE FÜR DIE GAP NACH 2013 VOR

Agrarkommissar *Cioloş* hat am 12.10.2011 die Rechtsvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vorgestellt. Danach sollen die Direktzahlungen der ersten Säule GAP in verschiedene Komponenten aufgeteilt werden. Für die Basiszahlung wären weiterhin (überarbeitete) Cross Compliance-Regeln einzuhalten. 30 % des nationalen Direktzahlungsbudgets (nationale Obergrenze) sollen für drei verpflichtende, klar definierte, dem Klima- und Umweltschutz förderliche Landbewirtschaftungsmethoden bereitgestellt werden („Greening-Komponente“): Diversifizierung der Ackerkulturen, Erhaltung von Dauergrünland, 7 % ökologische Vorrangflächen (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm



ZUKUNFT DER KOHÄSIONSPOLITIK: KOMMISSION LEGT UMFASSENDES LEGISLATIVPAKET FÜR ZEITRAUM 2014 BIS 2020 VOR

Die Kommission hat am 06.10.2011 ein Legislativpaket für die Kohäsionspolitik von 2014 bis 2020 angenommen (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB), das die EU-Investitionen an der Europa 2020-Strategie ausrichten und so einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten soll. Das Paket enthält u. a. einen Verordnungsvorschlag für den Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF). Gleichzeitig legte die Kommission einen Vorschlag für ein Programm der Europäischen Union für sozialen Wandel und soziale Innovation vor.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/headlines/news/2011/10/20111006_de.htm

EUGH – GENERALANWÄLTIN HÄLT EINBEZIEHUNG AUSLÄNDISCHER FLUGGESELLSCHAFTEN IN DEN EU-EMISSIONSHANDEL FÜR RECHTMÄSSIG

Am 06.10.2011 hat Generalanwältin *Juliane Kokott* ihre Schlussanträge im Verfahren C-366/10 (The Air Transport Association of America u. a.) über die Einbeziehung des internationalen Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel vorgelegt. Sie kommt zum Ergebnis, dass keine Verletzung von Völkerrecht vorliege, auch soweit es um Fluggesellschaften mit Sitz in Drittstaaten geht. Mehrere Fluggesellschaften aus den USA und Kanada hatten vor dem High Court of Justice des Vereinigten Königreichs gegen die dortigen Umsetzungsrechtsakte zur Emissionshandelsrichtlinie 2008/101/EG geklagt. Dieser legte dem EuGH mehrere Fragen zur Vereinbarkeit der europäischen Bestimmungen mit Normen des Völkergewohnheitsrechts (z. B. Freiheit von Flügen über die Hohe See) und mit verschiedenen Luftverkehrsabkommen vor. Die Schlussanträge der Generalanwältin sind für den EuGH nicht bindend, in einer Mehrzahl der Fälle kommt er aber zum gleichen Ergebnis (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-10/cp110104de.pdf>



KOMMISSION REVIDIERT IHRE VORSCHLÄGE FÜR BESSERE PATIENTEN-INFORMATIONEN ÜBER VERSCHREIBUNGSPFLICHTIGE ARZNEIMITTEL

Am 11.10.2011 hat die Kommission, zehn Monate nach entsprechender Ankündigung auf dem Gesundheitsrat im Dezember 2010, ihre revidierten Gesetzgebungsvorschläge (Änderungsrichtlinie und Änderungsverordnung) für eine bessere Information von Patienten über verschreibungspflichtige Humanarzneimittel durch Pharmaunternehmen vorgelegt. Nachdem ihr erster Entwurf von Dezember 2008, welchen der damals zuständige Kommissar für Unternehmen und Industrie, *Günter Verheugen*, veröffentlicht hatte, stark kritisiert worden war und das Europäische Parlament (EP) diesen in erster Lesung am 24.11.2010 deutlich abgeändert hatte, hat die nunmehr zuständige Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherpolitik die Gesetzestexte überarbeitet. Im weiteren Verfahren beraten das EP und der Rat die neue Vorlage. Es bleibt abzuwarten, ob die Mitgliedstaaten ihre zum Teil sehr kritische Haltung ändern werden (siehe EB 12/11, 21/10, 20/10, 22/08).

http://ec.europa.eu/health/human-use/information-to-patient/legislative-developments_en.htm

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 30.09.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Der Rat der Wettbewerbsfähigkeitsminister befasste sich in der Sitzung seines Forschungsteils am 30.09.2011 mit der Finanzierung des Euratom-Forschungsprogramms in den Jahren 2012 und 2013, mit verschiedenen Forschungsinitiativen aus den Bereichen Gesundheit und Energie sowie in einer kurzen Diskussion mit der Analyse der niedrigen Beteiligung einiger Mitgliedstaaten am laufenden 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) (s. Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14483.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14205.de11.pdf>

http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/eip_staff_paper.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st14/st14728.en11.pdf>



GRÜNBUCH ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER BERUFSQUALIFIKATIONEN: AUSSPRACHE UND VORSTELLUNG IM RAT „WETTBEWERBSFÄHIGKEIT“

Der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“, der am 29./30.09.2011 in Brüssel tagte, führte u. a. eine Aussprache zu dem von der Kommission am 22.06.2011 (EB 13/11) vorgelegten Grünbuch zur Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen. Dabei unterstützten die zehn wortnehmenden Delegationen, darunter Deutschland, grundsätzlich die geplante Überarbeitung der Berufsanerkenntnisrichtlinie und betonten deren Bedeutung für den Binnenmarkt. Zuvor hatte die Kommission die Schwerpunkte des Konsultationspapiers vorgestellt (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/124855.pdf

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EUGH ENTSCHIEDET ÜBER EXKLUSIVRECHTE FÜR DIE FERNSEHAUS- STRAHLUNG VON FUSSBALLSPIELEN

Mit seinem Urteil vom 04.10.2011 hat der EuGH entschieden, dass exklusive Lizenzregelungen einer nationalen Fußballliga, die Einfuhr, Verkauf und Verwendung ausländischer Decoderkarten untersagen, gegen den freien Dienstleistungsverkehr sowie das Wettbewerbsrecht verstoßen. Fußballspiele seien keine „geistige Schöpfung“, für die eine Fußballliga – im Unterschied zur Auftaktvideosequenz oder zur Hymne der Premierleague Urheberrechte geltend machen könne.

Das Urteil ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=C-403/08><http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&numaff=c-544/09%20p>

KONSULTATIONEN ZUM TELEKOMNETZZUGANG ERÖFFNET

Am 03.10.2011 hat die Kommission zwei Konsultationen zum Zugang alternativer Betreiber zu Telefonfestnetzen und Breitbandnetzen etablierter Betreiber eröffnet. Auf dieser Grundlage plant Vizepräsidentin *Neelie Kroes*, die



Kommissarin für die Digitale Agenda, Empfehlungen mit dem Ziel zu erarbeiten, eine einheitliche Regulierungspraxis in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Stellungnahmen sind bis zum 28.11.2011 möglich.

Das Konsultationsdokument ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/index_en.htm

KOMMISSIONSBESCHLUSS ZUR EINFÜHRUNG EUROPAWEITER SATELLITENMOBILFUNKDIENSTE

Die Kommission hat am 10.10.2011 beschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen sollen, im Umgang mit den beiden für die Einführung europaweiter Satellitenmobilfunkdienste ausgewählten Betreibern (EB 04/11) besser miteinander zusammenzuarbeiten.

Europaweite Nummern und Dienste:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1167&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUM SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE MINDERJÄHRIGER IN SOZIALEN NETZEN

Einem am 30.09.2011 von der Kommission veröffentlichten Bericht zufolge haben lediglich zwei von neun Websites zur sozialen Vernetzung (Habbo Hotel und Xbox Live) Standardeinstellungen bei denen die persönlichen Profile Minderjähriger nur von ihren genehmigten Kontakten eingesehen werden können. Die für die digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, *Neelie Kroes*, schließt daraus, dass die Bemühungen der sozialen Netze zum Schutz der Privatsphäre Minderjähriger nicht weit genug gehen. Deshalb beabsichtigt sie, hierzu noch in diesem Jahr eine umfassende Strategie aus Schutz- und Befähigungsmaßnahmen vorzulegen.

Grundsätze für sichere soziale Netze in der EU und die Bewertung ihrer Umsetzung:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/social_networking/eu_action/implementation_princip_2011/index_en.htm

Programm „Sicheres Internet“:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/index_en.htm

HOCHRANGIGE GRUPPE ZU MEDIENPLURALISMUS EINBERUFEN

Am 11.10.2011 hat eine von der Kommission einberufene Hochrangige Grup-



pe mit ihrer Arbeit zur Förderung von Medienpluralismus in Europa begonnen. Ziel ist die Vorlage eines Berichtes an die Kommission mit Empfehlungen für mehr Achtung, Schutz, Unterstützung sowie Förderung von Freiheit und Pluralismus der Medien europaweit. Vorsitzende der Gruppe ist die ehemalige lettische Präsidentin, Frau Professor *Vaira Vike-Freiberga*. Deutschland ist in der Gruppe vertreten mit der ehemaligen Bundesjustizministerin, Frau Professor *Herta Däubler-Gmelin*.

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/information_society/media_taskforce/index_en.htm